



Sonder- Informationsdienst der Lebenshilfe Niedersachsen Nr. 03-2|2022
5 Tage – 5 Themen / Landtagswahl 2022

Inhalt

Begrüßung / Einleitung.....	2
1 Wie planen Sie, dass Heilerziehungspflege-Schüler*innen in Zukunft nicht mehr Schulgeld bezahlen müssen?	2
SPD	2
CDU	2
Bündnis 90/Die Grünen	3
Bündnis 90/Die Grünen	3
FDP	3
2 Mit welchen Maßnahmen planen Sie, dem Fachkräftemangel im sozialen Bereich entgegenzuwirken? Wie sollen beispielsweise junge Menschen zukünftig auf die Berufe aufmerksam gemacht und wie soll langfristiges Interesse für den Bereich geweckt werden?	3
SPD	3
CDU	3
Bündnis 90/Die Grünen	4
FDP	4
3 Wie planen Sie, Ausbildungen im sozialen Bereich attraktiver und qualitativ hochwertiger weiterzuentwickeln?	4
SPD	4
CDU	5
Bündnis 90/Die Grünen	5
FDP	5

Begrüßung / Einleitung

Liebe Leser*innen,

auch heute heißt es wieder: Der Beirat Selbstvertreter und der Beirat Eltern und Angehörige hat gefragt, die Parteien haben geantwortet. Diesmal geht es um das Thema Ausbildung und Fachkräftegewinnung.

Viel Spaß beim Lesen!

Mit freundlichen Grüßen

Frank Steinsiek
Landesgeschäftsführer

1 | Wie planen Sie, dass Heilerziehungspflege-Schüler*innen in Zukunft nicht mehr Schulgeld bezahlen müssen?



Um dem Fachkräftemangel im Bereich der sozialen Berufe entgegenzuwirken, bedarf es der weiteren Aufwertung dieses Berufsfeldes. Zu wenige Erzieherinnen und Erzieher bedeuten eine Verknappung der Betreuungskapazitäten. Zu wenige Pflegekräfte bedeuten eine schlechte Versorgung im Gesundheitswesen und im Pflegesystem. Wir legen deshalb ein Programm „Zukunft Gesundheits-, Sozial- und Pflegeberufe“ auf. Unser Ziel ist es, die Ausbildungsquote in allen sozialen Berufen zu erhöhen und die Rahmenbedingungen im Job zu verbessern. Zum Programm zählt auch die vollständige Umsetzung der Schulgeldfreiheit in allen sozialen Berufsfeldern, also auch in der Heilerziehungspflege.

(Fortsetzung bei Antwort 2)



Wir werden die Schulgeldfreiheit in den Ausbildungsgängen der Heilerziehungspflege (HEP) sowie in allen Gesundheits- und Pflegeberufen vorantreiben und zügig umsetzen.



Wir haben in den letzten Jahren immer wieder gefordert, dass das Schulgeld in der Heilerziehungspflegeausbildung abgeschafft werden muss. Dafür muss das Land 4 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung stellen.

Freie Demokraten



Schon in den vergangenen Jahren haben wir uns aktiv für die Schulgeldfreiheit für alle Gesundheitsfachberufe eingesetzt. Wir stehen daher selbstverständlich auch zur Schulgeldfreiheit für Auszubildende in der Heilerziehungspflege. Das aktuell von den Schülerinnen und Schülern zu tragende Schulgeld schafft auf vielen Ebenen eine Ungerechtigkeit im Bildungssystem und damit eine für uns politisch untragbare Situation. Um dies zu ändern, wollen wir, dass das Land die Kosten übernimmt. Die Fraktion der Freien Demokraten im Landtag hat zum Landeshaushalt 2022/23 einen Änderungsantrag gestellt, der einen Betrag von mindestens 300.000 Euro für aufwachsende Schulgeldfreiheit in der Heilerziehungspflege vorgesehen hatte.

2 | Mit welchen Maßnahmen planen Sie, dem Fachkräftemangel im sozialen Bereich entgegenzuwirken? Wie sollen beispielsweise junge Menschen zukünftig auf die Berufe aufmerksam gemacht und wie soll langfristiges Interesse für den Bereich geweckt werden?



Ferner umfasst es (*Anmerkung der Redaktion: Das Programm, siehe Antwort 1*) die Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen in Medizin, Pflege und Sozialarbeit, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Wir fördern mit diesem Programm den Ausbau der Plätze für ein duales Studium „Soziale Arbeit“ an staatlichen Hochschulen sowie finanzielle Unterstützungsleistungen für Studierende, um auch ein Studium an privaten Hochschulen zu ermöglichen.

(*Fortsetzung bei Antwort 3*)



CDU

Die kommenden Jahre werden den Arbeitsmarkt vor große Herausforderungen stellen. Die

geburtensarken Jahrgänge werden in Rente gehen und eine Lücke auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Fachkräftegewinnung stellt viele Unternehmen bereits heute vor große Herausforderungen und wir werden diese nicht ohne eine gezielte Anwerbung von Fachkräften im Ausland bewältigen. Dies gilt insbesondere für den sozialen Bereich. Daher werden wir eine gesteuerte qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften schaffen, um dem Fachkräftemangel in Niedersachsen entgegenzuwirken. Die Chancen des neuen Fachkräfteeinwanderungsgesetzes des Bundes wollen wir dabei konsequent nutzen und ein niedersächsisches Programm zur Gewinnung von Fachkräften auflegen, mit dem wir in den nächsten fünf Jahren 5.000 zusätzliche Pflegekräfte für Niedersachsen gewinnen wollen.

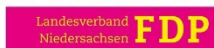
Grüne Niedersachsen



Für viele junge Menschen spielen gute Arbeitsbedingungen, eine angemessene Bezahlung

und Karriereoptionen eine wichtige Rolle bei der Berufswahl. Damit die sozialen Berufe attraktiver werden, setzen wir uns deshalb für gute Personalschlüssel, Tarifierung, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sowie für attraktive Fortbildungen und Studiengänge ein.

Freie Demokraten



Wir Freie Demokraten fordern bessere Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich allgemein und für Therapie und Pflege im Besonderen. Darum wollen wir von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung bis hin zu mehr Karrierechancen dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird. Nur so können wir den Personalmangel an seinem Ursprung angreifen und mehr Personal in die Versorgung bringen. Der bürokratische Aufwand muss drastisch reduziert werden, sodass mehr Zeit für die Menschen frei wird. Wir geben wieder Zeit und Raum für ihre Arbeit! Darüber hinaus wollen wir auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und setzen uns für eine schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse ein. Hierfür soll das Land Niedersachsen ein eigenes Kompetenzzentrum einrichten, das die Formalitäten der Anerkennung zeitnah bearbeitet.

3 | Wie planen Sie, Ausbildungen im sozialen Bereich attraktiver und qualitativ hochwertiger weiterzuentwickeln?



Teil des Programms (siehe oben, Anmerkung der Redaktion) wird auch eine Verbesserung der Rahmenbe-

dingungen des Freiwilligen Sozialen Jahrs sein, um mehr Fachkräfte für soziale Berufe gewinnen. Dazu sorgen wir für landeseinheitliche Qualitätsstandards für Träger von Freiwilligendiensten, setzen das Recht auf Freiwilligendienst um und schaffen weitere Anreize – wie beispielsweise kostenlose Jobtickets.



Durch das frühzeitige Angebot der Berufsorientierung wollen wir das Interesse bei den Schülerinnen und Schülern wecken, sich mit ihrem späteren Berufsweg auseinanderzusetzen. Wir unterstützen die frühestmögliche Umsetzung einer Berufsorientierung, damit die Schülerinnen und Schüler bereits in der Regelschule dieses wichtige Thema zum Gegenstand im Unterricht haben und die Vielfältigkeit unseres Berufs- und Bildungssystems kennenlernen können. Durch bessere und gezieltere Informationen wollen wir gerade auch die duale Ausbildung stärken. Daher werden wir die Ausbildung in der Pflege attraktiver gestalten, indem wir diesen Bereich reformieren und dualisieren sowie unsere Auszubildenden besser unterstützen. Zudem werden wir stärker für die Pflegeberufe werben und einen niedersächsischen Pflegebeauftragten ins Leben rufen.

Grüne Niedersachsen



Wir streben auch im sozialen Bereich das Modell der dualen Ausbildung an, die die Theorie und Praxis ideal miteinander verbindet. Auch eine Ausbildungsvergütung halten wir für sinnvoll. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass Auszubildende künftig mit einem landesweiten 365-Euro-Ticket in Bussen und Bahnen mobil sein können.

Freie Demokraten



Wir wollen die berufliche Bildung in Niedersachsen insgesamt stärken. Daher ist es eine unserer Kernforderungen, eine exzellente Berufsausbildung zu ermöglichen.

Mit einer Digitalisierungsoffensive werden wir die Möglichkeit schaffen, dass die berufsbildenden Schulen mit der Wirtschaft mithalten können und die jungen Menschen zeitgemäß ausgebildet werden. Dazu gehört aber auch eine Überarbeitung der Lehrerstundenzuweisung, die es berufsbildenden Schulen in der Fläche ermöglicht, weiterhin ein breites Spektrum von Ausbildungsberufen anzubieten. Wird der Ausbildungszweig an der örtlichen berufsbildenden Schule gestrichen, brechen in der Folge oftmals die Ausbildungsplätze weg und damit der Nachwuchs für die Firmen.

Wir werden den berufsbildenden Schulen darüber hinaus die Freiheiten einräumen, noch enger mit der lokalen Wirtschaft zusammenzuarbeiten und sich flexibel den Bedürfnissen der Ausbildungsbetriebe anpassen zu können. Schwerpunkt bleibt die duale Berufsausbildung. Wir wollen mit dem Einsatz von Einstiegs-Coaches als Vermittler zwischen Ausbildungsbetrieb, Auszubildendem und Schule die Perspektive von jungen Menschen in schwierigen Lebensumständen verbessern, damit sie einen Ausbildungsplatz finden und die Ausbildung erfolgreich absolvieren können. Dort, wo besondere Probleme bestehen, wollen wir diese auch aktiv angehen. Ein Beispiel hierfür ist die bereits erwähnte Schulgeldfreiheit. Dass die Wahl der Ausbildung von dem finanziellen Hintergrund des Auszubildenden und nicht von Eignung und Interesse abhängt, ist für uns nicht zu akzeptieren. In Zeiten von Fachkräftemangel darf es sich Niedersachsen nicht leisten, potenzielle Auszubildende zur Heilerziehungspflege durch eine kostenintensive Ausbildung abzuschrecken. Wir Freie Demokraten setzen uns für die Schulgeldfreiheit aller Jahrgänge in der schulischen Ausbildung der Ergotherapie, Logopädie, Podologie und Physiotherapie genauso wie für die zur Heilerziehungspflegerin oder zum Heilerziehungspfleger ein.

Wenn Sie unseren Infodienst nicht mehr erhalten möchten, klicken Sie bitte [hier](#). Automatisch öffnet sich eine E-Mail, die Sie nur noch versenden müssen. Ihre Daten werden dann automatisch aktualisiert.

Herausgeber

Lebenshilfe Landesverband
Niedersachsen e.V.
Nordring 8 G
30163 Hannover

Redaktion

Frank Steinsiek (FST) (V.i.S.d.P.)
Ulrike Seyfang (US)
Jana Koch (JK)
Maren Böhm (MB)

Service

Telefon: 0511 . 909 257 - 00
Fax: 0511 . 909 257 - 11
landesverband@lebenshilfe-nds.de
Auflage: 1.600 Stück